

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, schön, dass heute so viele Engagierte für eine Bildungswende auf der Straße sind. Das sollte nicht das letzte Mal gewesen sein!

Mein Name ist Florian Muhl, ich bin als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg tätig, dort Mitglied des wissenschaftlichen Personalrats und aktiv in der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“ und im Sozialratschlag. Ich spreche heute für die Bildungsgewerkschaft GEW, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen ein, aber auch für strukturelle Veränderungen des Bildungswesens, wie die Einführung einer Schule für Alle, ein.

In den Aufrufen zu dieser Demonstration sind Schule und Kita besonders angesprochen. Ich möchte weitere wichtige Bildungsorte hervorheben, die eine große Bedeutung haben für ein gelingendes Aufwachsen und für die Bildung und das soziale Lernen von Kindern und Jugendlichen, aber auch für das Schaffen lebenswerter Nachbarschaften und für die Entwicklung von Solidarität, Konfliktfähigkeit und kritischem Denken: Das sind die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, das sind die Spielhäuser, das ist die Arbeit von Jugendverbänden, das sind internationale Jugendbegegnungen, das sind die gemeinwesenorientierten arbeitenden Stadtteilkulturzentren. Sie sind nicht zuletzt wichtig dafür, das gegenwärtig weit verbreitete Gefühl von Ohnmacht in gemeinsame Handlungsfähigkeit zu wenden. Diese außerschulische Jugendarbeit sollte als demokratische Jugendbildung als gleichwertiger Teil des Bildungssystems behandelt werden. Kinder und Jugendliche haben eigenständige Rechte – auch unabhängig von ihren Eltern!

Diese Einrichtungen sind jedoch schon lange strukturell unterfinanziert und arbeiten vielfach in großer Unsicherheit. Die massiv schädliche Politik mit der sog. Schuldenbremse (= Investitionsbremse) in den letzten Jahren hat dies noch verschärft.

Es regt sich jedoch auch im großen Bereich der Jugendhilfe Widerstand und Kolleginnen und Kollegen fordern grundsätzliche Reformen unter dem Motto „Tu was, Hamburg!“ Im Moment steht damit die Forderung nach einem Kinder- und Jugendhilfegipfel im Raum. Auch dabei sollten alle im Bildungsbereich Tätigen kooperieren, um auch bei dieser Gelegenheit gemeinsam Druck für eine grundsätzliche Bildungswende zu machen.

Die nötige inhaltliche Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen und die Forderung nach den dafür nötigen Mitteln steht in der aktuellen Lage jedoch im Konflikt mit dem Zeitgeist. Dieser ist geprägt von der „Zeitenwende“ hin zu Militarisierung und Aufrüstung, die Anfang vergangenen Jahres verkündet wurde. Sie droht zu massiven Kürzungen in allen sozialen Bereichen zu führen. Das können wir in den aktuellen Haushaltsplanungen auf Bundesebene sehen:

20 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr, sind im aktuellen Entwurf für Bildung eingeplant. Massiv gekürzt werden soll auch mit einem Minus von 25 % bei der Ausbildungsförderung BAföG – obwohl ohnehin nur ein Zehntel aller Studierenden BAföG bekommt. Auch im Kinder- und Jugendplan des Bundes sind drastische Kürzungen angekündigt.

Wenn 2024, wie derzeit von der Bundesregierung geplant, das 2%-Ziel der NATO erreicht würde, dann würde das jährliche Budget für Rüstung auf 84 Mrd. EUR steigen – das wäre

dann etwa ein Fünftel des gesamten Bundeshaushalts. Bis einschließlich 2026 kommt ein Teil der Rüstungsausgaben (ca. 30 Mrd.) aus dem sog. Sondervermögen. Wenn wir als Zivilgesellschaft nicht etwas anderes durchsetzen – steigt danach der aus dem Haushalt zu deckende Rüstungsetat sprunghaft um diesen Betrag. Günter Verheugen hat recht, wenn er sagt: *„Rüstungsaufwendungen sind die unproduktivsten und umweltfeindlichsten Ausgaben, die man sich vorstellen kann.“*

Die Durchsetzung unserer Ansprüche an ein zukunftsfähiges inklusives Bildungswesen, das zur Nachhaltigkeit und Demokratisierung beiträgt, ist möglich – **in Opposition zu der Militarisierung!**

Denn: Wie es ein Kollege von ver.di auf dem ver.di-Bundeskongress zum Ausdruck gebracht hat: *„Krieg ist unvereinbar mit Sozialstaat.“*

Alle wissen: Geld ist genug da! Es wird aktuell nur zum größten Teil nicht im Interesse der Mehrheit verwendet. Dazu passend heißt es angesichts der globalen Aufrüstungsspirale im Beschluss [„Internationale Solidarität und Zusammenarbeit stärken – gerade jetzt!“](#) des Gewerkschaftstags der GEW vom Juni letzten Jahres:

„Statt höherer Ausgaben für immer modernere Waffen fordert die GEW eine internationale Abrüstungsinitiative und die Kontrolle von Waffenexporten. [...] Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes. Was wir brauchen, ist ein Sondervermögen für den massiv unterfinanzierten Bildungsbereich!“

Die Hunderte von Milliarden Euro, die aktuell weltweit für das Militär ausgegeben werden, werden stattdessen dringend benötigt für die Bewältigung der dringenden Menschheitsprobleme: die Überwindung der Klimakrise, die Überwindung der sozialen Ungleichheit, die Überwindung des Bildungsnotstands und die Durchsetzung einer Bildungswende!

In diesem Sinne: Let's get organized! Lasst uns gemeinsam – in Gewerkschaften, Initiativen und Bündnissen – streiten für bessere Bedingungen in den Schulen, in den Kitas und im ganzen Bildungswesen und für Rahmenbedingungen, die dies ermöglichen!

Bildungswende jetzt!